

Windpark Wächtersbach wird nicht aufgegeben

FDP-Fraktion scheidet mit Antrag im Kreistag / Auch Änderungsantrag der AfD mehrheitlich abgelehnt

Main-Kinzig-Kreis (hgs). Die FDP-Fraktion ist am Freitag im Kreistag mit einem Antrag gescheitert, dass der Kreisausschuss den Versorgungsservice Main-Kinzig als Tochterfirma der Kreiswerke Main-Kinzig dazu bewegen solle, den Windpark Wächtersbach aufzugeben.

Der FDP-Kreistagsabgeordnete Rolf Zimmermann, der auch in der windkraftkritischen Bürgerinitiative (BI) Gegenwind engagiert ist, begründete den Antrag mit einem Verlust der Windpark Wächtersbach GmbH & Co. KG von gut einer halben Million Euro im Jahr 2016 sowie insgesamt etwa 1,5 Millionen Euro Verlust in den beiden Vorjahren. Die Begründung finde sich im Beteiligungsbericht des Landkreises, wo zu schwache Windhöflichkeit und technische Mängel an den Windkraftanlagen vermerkt seien. Die geplante Strommenge, so Zimmermann, sei in den genannten Jahren um 15 Prozent, 2016 sogar um 29 Prozent unterschritten worden. Die Planungs- und Projektfirma Abo-Wind sei somit von „viel zu hohen Windprognosen“ ausgegan-

gen. Überdies würden die General-Electric-Windräder von Abo-Wind gar nicht mehr eingesetzt, weil sie deren Qualitätsansprüchen nicht mehr genügen. Daher solle der Kauf des Windparks Wächtersbach rückabgewickelt werden, forderte Zimmermann für die FDP.

Die AfD-Fraktion brachte dazu einen Änderungsantrag ein, wonach vor einer Rückabwicklung des Ankaufs vom April 2014 die Gesellschafterversammlungen von Versorgungsservice und Kreiswerken beschließen sollten, die Kommanditanteile meistbietend an einen privaten Interessenten zu verkaufen sowie als Komplementärin (Kreiswerke) aus der Windpark-Firma auszuscheiden. AfD-Fraktionschef Dr. Wolfram Maaß sagte, der Windpark Wächtersbach sei „ein Paradebeispiel dafür, dass Windparks im Main-Kinzig-Kreis nicht rentabel zu betreiben sind“. Allein mit dem Marktpreis von der Energiebörse in Leipzig als Vergütung würden die Windmüller das Geschäft gar nicht aufnehmen. Letztlich sei der instabile „Flutterstrom“ von Windrädern riskant, was die Stromversorgung der Bevölkerung zunehmend ge-

fährde. Landrat Thorsten Stolz (SPD) machte vor seiner Erwiderung deutlich, dass er „nicht als glühender Verfechter der Windkraft“ bekannt sei, sondern das Thema „eher leidenschaftslos“ angehe. Von der immer wiederkehrenden, diesmal von der FDP neu befeuerten, aber dennoch immer gleichen Debatte um die Windkraft sei er inzwischen „so ein bisschen gelangweilt“. Denn die Energiewende sei im Bund bereits 2011 beschlossen worden. Für die AfD „scheint dies das einzige Thema zu sein“, an dem sich die Fraktion abarbeite, meinte der Landrat.

Abgesehen davon, dass er im Main-Kinzig-Kreis „lieber Windräder als Atommüll haben möchte“, sei die Rückabwicklung des Windparks Wächtersbach rechtlich gar nicht möglich, unterstrich Stolz. Überdies kritisierte er auch Rolf Zimmermann persönlich, weil bei ihm nicht klar sei, ob er als Kreistagsabgeordneter oder „als Lobbyist der BI“ am Rednerpult stehe.

Eine Betrachtung allein der ersten drei Jahre des Windparks Wächtersbach sei jedenfalls nicht seriös, sondern müsse langfristig

betrachtet werden, erläuterte der Landrat. Daher ergebe ein Verkauf keinerlei Sinn. Ein entsprechendes Gutachten, das dem Aufsichtsrat der Kreiswerke Main-Kinzig vorliege, weise eine günstige wirtschaftliche Prognose für den Windpark aus. Diese Ansicht teilten auch alle anderen Gesellschafter im Aufsichtsrat. Die Kreiswerke Main-Kinzig sind zu 51 Prozent eine kreiseigene GmbH.

Grünen-Fraktionschef Reiner Bousonville fügte in der Aussprache hinzu, dass bei dem Windpark eine Laufzeit von 20 Jahren anstatt nur drei Jahre in den Blick genommen werden müssten. Wenn damit der Klimawandel weiter verlangsamt werden könne, seien auch die Zulassung weiterer Windräder möglich. Durch Windkraftanlagen stehe „nicht der Untergang des Abendlandes bevor“, auch wenn sich FDP und AfD bei diesem Thema in „ideologischen Schützengräben“ befänden. Für die Anträge von FDP und AfD stimmten am Ende nur die Fraktionen selbst und die „Kommunale Allianz“ aus REP und NPD; die große Mehrheit des Kreistags votierte dagegen.

GNZ 13 02 20 18